

# Maiaufruf

## Heraus zum 1. Mai!

Am Anliegen des 1. Mai hat sich seit seiner Entstehung als Kampftag der ArbeiterInnenbewegung nichts geändert: Heute wie damals geht es um kürzere Arbeitszeit und bessere Lebensbedingungen.

Der diesjährige 1. Mai wird überschattet von der durch den „Fall BAWAG“ ausgelösten tiefen Krise des ÖGB als Interessensvertretung der Lohnabhängigen, Erwerbslosen und Prekarisierten.

Die Unterordnung unter Parteiinteressen, das Selbstverständnis als Ordnungsfaktor, die Einordnung in den Privilegiensumpf, die Übernahme neoliberaler Denkmuster und der Verzicht auf Kampfmaßnahmen haben den ÖGB politisch ohnmächtig gemacht.

Anstelle sozialpartnerschaftlicher Unterordnung unter Kapital- und Regierungsinteressen brauchen wir dringender denn je unabhängige, aktive und kämpferische Gewerk-

schaften. Wichtige Fragen dürfen in Zukunft nicht ohne Einbeziehung der Mitglieder entschieden werden. Kein BAWAG-Verkauf ohne ÖGB-Urabstimmung.

Während die Konzerne zunehmend global agieren, lassen sich Lohnabhängige und Gewerkschaften immer noch durch falsches Standortdenken gegeneinander ausspielen.

Die Kehrseite explodierender Gewinne der Konzerne sind wachsende Arbeitslosigkeit, zunehmender Leistungsdruck, Lohndumping und Sozialabbau.

Bislang hochwertige Arbeitsplätze werden immer stärker durch prekäre Arbeitsverhältnisse ersetzt. Die Hauptbetroffenen dabei sind Frauen: Sie verdienen nach wie vor ein Drittel weniger, sind am meisten von „working poor“ betroffen und müssen zusätzlich die meiste unbezahlte Arbeit in Haushalt oder Pflege leisten.

Die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums ist schief: In Österreich besitzt ein Prozent der Bevölkerung ein Drittel des Vermögens. Die Kehrseite sind eine Million arme Menschen, die mit weniger als 848 Euro im Monat auskommen müssen.

Da Kapital und Vermögen zunehmend weniger besteuert werden, müssen Lohnabhängige, Erwerbslose und PensionistInnen zunehmend die Steuerlast aufbringen.

Pensionen, Gesundheit, Bildung und Sozialstaat werden – nicht zuletzt aufgrund rigider EU-Budgetauflagen – zu unfinanzierbaren Luxusgütern erklärt, Belastungen auf die Bevölkerung abgewälzt und öffentliche Dienste wie die Post und kommunale Einrichtungen privatisiert.

Die Politik der Regierung begünstigt die Konzerne und die Reichen. Österreich ist aber kein Einzelfall, sondern Teil einer weltweiten neoliberalen Politik. Die Regierungspolitik ist EU-konforme Politik, die wiederum mit Zustimmung Österreichs zustande kommt.

Der Kapitalismus ist untrennbar mit dem Abbau demokratischer Rechte, Einschränkung von Gewerkschafts- und Menschenrechten und Ausbau der Repression verbunden.

Die herrschende Politik benützt gezielt Fremdenfeindlichkeit, rassistische Hetze gegen MigrantInnen und AsylwerberInnen und Antisemitismus sowie Diffamierung Erwerbsloser als „Sozialschmarotzer“ zur Entsolidarisierung.

Die EU ist das „Europa der Konzerne“, sie ist nicht die Antwort auf die kapitalistische Globalisierung, sondern Teil derselben. Ein soziales Europa ist mit dieser EU nicht zu machen.

Die nach dem Ende des Kalten Krieges vorhandene Hoffnung auf



# Standpunkt



eine Welt ohne Kriege war Illusion. Eine neue Welle der Hochrüstung hat begonnen, deren Kehrseite Sozialabbau im Norden und Ausplünderung im Süden sind.

USA und EU wetteifern im Konkurrenzkampf um Rohstoffquellen zunehmend um eine Neuaufeilung der Welt und die Führungsrolle als Weltgendarm. Krieg, Intervention und Besatzung sind wieder salonfähig geworden.

Von den Großmächten selbst über Jahre herangezuchtete despotische Regime und terroristische Bewegungen liefern den Vorwand für militärisches Eingreifen. Krieg und Terror sind nur zwei Seiten einer Medaille.

Die Neutralität wird von Regierung und Parlament durch die Beteiligung Österreichs an der Militarisierung der EU gezielt zersetzt. Statt einer Abschaffung des Bundesheeres rüstet auch Österreich auf Kosten sozialer Ansprüche auf.

Die Entwicklung einer breiten Front von Linksparteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen gegen die kapitalistische Globalisierung ist in Österreich und international notwendig.

Der 1. Mai ist international: Unsere Solidarität gilt an diesem Tag allen, die für bessere Lebensbedingungen, gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für eine „andere Welt“ kämpfen.

Für KommunistInnen ist der 1. Mai ein Tag des Kampfes für soziale Interessen und demokratische Rechte, des Eintretens für Frieden und internationale Solidarität, für eine andere Welt und eine sozialistische Zukunft.

**Beschlossen vom KPÖ-Bundesausschuss am 6. April 2006**

## Notizen:

## Fakten

# Erster Mai

Der Erste Mai ist gesetzlicher Feiertag in Deutschland, Österreich, in der Schweiz, sowie in zahlreichen anderen Ländern der Erde. Er wird auch Kampftag der Arbeiterbewegung, Tag der Arbeit oder Maifeiertag genannt.

### Geschichte zum Kampftag der Arbeiterbewegung

Anfang 1886 rief die nordamerikanische Arbeiterbewegung zur Durchsetzung des Achtstundentags zum Generalstreik am 1. Mai auf. Es kam darauf zu Massenstreiks und Demonstrationen in den Industrieregionen. In Chicago endeten die Demonstrationen tödlich, als zwei Tage später vier Arbeiter bei Auseinandersetzungen mit der Polizei erschossen wurden.

Bei einer Protestkundgebung am 4. Mai eskalierte die Gewalt. In die Reihen der Polizei wurde von einem Unbekannten eine Bombe geworfen, die acht Polizisten tötete und zahlreiche verletzte. Bei dem anschließenden Aufruhr, der in die US-Geschichte als Haymarket Riot eingegangen ist, wurden mehr als 200 Arbeiter verletzt, die Zahl der Toten wurde niemals offiziell bestätigt.

Acht Organisatoren der Kundgebung wurden festgenommen und der Verschwörung angeklagt. Vier von ihnen wurden am Strang hingerichtet, einer beging in seiner Zelle Selbstmord. Die noch lebenden drei wurden sechs Jahre später begnadigt.

Auf dem Gründungskongress der Zweiten Internationalen (Arbeiterbewegung) 1889, wurde zum Gedenken der Opfer des Haymarket Riot der 1. Mai als „Kampftag der Arbeiterbewegung“ ausgerufen. Im Jahr darauf wurde er zum ersten Mal mit Massenstreiks und Massendemonstrationen begangen.

In der deutschen Geschichte des 1. Mai ist der so genannte Blutmai (Berlin 1929) ein bedeutendes Ereignis, welches die Widersprüche zwischen KPD und SPD entscheidend verschärfte.

Die Nationalsozialisten deuteten den 1. Mai ab 1933 zum „Tag der nationalen Arbeit“ um und machten ihn zum gesetzlichen Feiertag. In den kommunistischen Ländern wurde der 1. Mai als „Internationaler Kampf- und Feiertag der Werktätigen“ begangen. In den USA selbst wollte man den „Krawallmachern“ kein Denkmal setzen und legte den Tag der Arbeit (Labour Day) daher stattdessen in den September.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der 1. Mai 1946 durch den alliierten Kontrollrat bestätigt. Maikundgebungen durften jedoch nur in beschränkter Form durchgeführt werden. Der 1. Mai ist in der Bundesrepublik Deutschland nach den Feiertagsgesetzen der Bundesländer ein gesetzlicher Feiertag („Tag der Arbeit“).

In der Gegenwart gibt es neben den politischen organisierten Demonstrationen auch regelmäßig Ausschreitungen, vor allem im Zusammenhang mit der Demonstration zum 1. Mai in Kreuzberg (Berlin) oder in Zürich. Darüber hinaus gibt es seit einigen Jahren den internationalen „Mayday“ bzw. den europäischen „Euro-Mayday“, mit verschiedensten eher friedlichen Aktionen.

**Aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie**

**Mehr Infos: [www.kpoe.at](http://www.kpoe.at)**

Impressum: Medieninhaber (Verleger), Herausgeber, Hersteller: KPÖ-Bundesvorstand, Drechslergasse 42, 1140 Wien, Telefon +43 (1) 503 65 80-0, Fax +43 (1) 5036580/499, Mail [bundesvorstand@kpoe.at](mailto:bundesvorstand@kpoe.at), Web [www.kpoe.at](http://www.kpoe.at)